

DAS JUGENDAMT

Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht

Herausgeber: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht eV (DIJuF)

Schriftleitung: Katharina Lohse | Dr. Janna Beckmann, DIJuF

Beirat: VorsRiKG Prof. Dr. Rüdiger Ernst, Berlin | Prof. Dr. Birgit Hoffmann, Hochschule Mannheim | Antje Hörenz, Amt für Soziale Dienste, Freie Hansestadt Bremen | Prof. Dr. Matthias Jestaedt, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. | Cornelia Kazakob-Marsollek, JA Saarpfalz-Kreis | Prof. Dr. Kerima Kostka, Frankfurt University of Applied Sciences | Prof. Dr. Katharina Lugani, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf | Heike Steege, StJA Chemnitz

INHALT

121 Das Kind im Zentrum der Vormundschaft
(Katharina Lohse)

IV DIJuF-Notizen

V Pinnwand

175 Buchbesprechung/Aktuelle Ergänzungslieferungen

VI Impressum

AUFSÄTZE

122 Normative Luftnummer statt Klarstellung

Der untaugliche Regelungsvorschlag zur Flexibilisierung der Zuständigkeit für die bestellte Amtsvormundschaft im Gesetzentwurf zur Vormundschaftsrechtsreform

Burkhard Lange

129 Das Adoptionshilfe-Gesetz – Neues aus dem Recht der Adoptionsvermittlung

Teil 2: Die neuen Regelungen zur grenzüberschreitenden Adoptionsvermittlung

Prof. Dr. Jörg Reinhardt

135 Rechtsprechungsübersicht Unterhaltsvorschuss

Petra Birnstengel

AUS DER PRAXIS

140 Zusammenarbeit mit Eltern in der Pflegekinderhilfe –

Einblick in zwei laufende Praxismodellprojekte

Corinna Petri/Ina-Catherine Ruchholz/Dirk Schäfer

DIJuF-LÄNDERANFRAGE

Spanien und Chile

142 UV-Leistungen für ein in Spanien lebendes Kind und Rückgriff gegen den in Chile lebenden Vater

DIJuF-RECHTSGUTACHTEN

Familienrecht

Beistandschaftsrecht

- 144 Bewusst und absprachegemäß im Nachbarlandkreis eingerichtete Beistandschaft für das Kind einer beim eigentlich örtlich zuständigen Jugendamt tätigen Fachkraft; Bedenken des vom Beistand zwecks Unterhaltsfestsetzung angerufenen Gerichts gegen dessen Vertretungsmacht wegen fehlender örtlicher Zuständigkeit

Beurkundungsrecht

- 146 Elterliche Namenserteilung für ein Kind bei ungeklärter Identität des Vaters oder sogar beider Eltern

Unterhaltsvorschussrecht

- 148 Bewilligung von UV-Leistungen für ein Kind unter gleichzeitiger Aufforderung zur Antragstellung auf Halbweisenrente nach dem Tod des Vaters; wahrheitswidrige Behauptung der Mutter über die Ablehnung des Antrags auf Halbweisenrente (angeblich unzureichende Beitragszahlung); nunmehr festgestellter wahrer Ablehnungsgrund (mangelnde Mitwirkung der Mutter)

Kinder- und Jugendhilferecht

Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren

- 151 Mitwirkung des Jugendamts im jugendgerichtlichen Verfahren

Örtliche Zuständigkeit und Kostenerstattung

- 154 Gewöhnlicher Aufenthalt in § 87c Abs. 1 SGB VIII als Anknüpfungspunkt für eine Vormundschaft kraft Gesetzes nach § 1791c Abs. 1 BGB

Unbegleitete minderjährige Ausländer und Ausländerinnen/Geflüchtete

- 155 Familiennachzug von einer Mutter und drei minderjährigen Geschwistern zu einem unbegleiteten minderjährigen anerkannten Flüchtling in Deutschland

RECHTSPRECHUNG

Familienrecht

Familienverfahrensrecht

- 158 OLG Hamm 26.3.2020 – 11 WF 36/20
Pflegeeltern als Verfahrensbeteiligte bei Antrag auf Verbleibensanordnung

Unterhaltsrecht

- 160 BVerfG 9.11.2020 – 1 BvR 697/20
Unterhaltsfestsetzung auf Basis fiktiven Einkommens

Unterhaltsvorschussrecht

- 163 VG Freiburg i. Br. 6.4.2020 – 4 K 345/20
Alleinerziehend trotz Paarbeziehung
- 164 NdsFG 19.5.2020 – 8 K 218/19
Aufrechnung des Finanzamts mit auf das Land übergegangenen Unterhaltsansprüchen zulasten des Kindes

Kinder- und Jugendhilferecht

Datenschutz

- 166 VG München 2.10.2020 – M 18 E 20.3970
Einsicht in die Akten des Jugendamts aus der Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren bzw. aus der Hilfeplanung

Leistungen nach SGB VIII

- 170 VG Schleswig 26.5.2020 – 15 A 289/18
Parallele Gewährung von Vollzeitpflege und stationärer Unterbringung in einem Internat

Schutzauftrag

- 172 VG München 21.12.2020 – M 18 S 20.6711
Differenzierung zwischen form- und fristfreiem Widerruf der Zustimmung zur Inobhutnahme und dem Widerspruch nach § 70 VwGO; Notwendigkeit einer Begründung für die sofortige Vollziehbarkeit einer Inobhutnahme insbesondere bei fehlender Begründung – über die Notwendigkeit zur Abwendung einer Kindeswohlgefährdung hinaus – für die Inobhutnahme als solche